

Öffentliche Förderpraxis im Sinne der Beschäftigten neu denken

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 15. Dezember 2017

- Beschluss:** Der Landesvorstand beschließt die nachfolgende Erklärung zur öffentlichen Fördermittelpraxis.
- Begründung:** Mit dem geplanten Abbau von Arbeitsplätzen, die einst mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden, nach Ablauf der Bindungsfrist zeigt SIEMENS, dass die bisherige Praxis öffentlicher Förderung privatwirtschaftlicher Großansiedlungen keine Nachhaltigkeit im Sinne der Beschäftigten verspricht. Deshalb sollte im Sinne der Beschäftigten und der betroffenen Regionen ein Umdenken stattfinden.
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:** Pressemitteilung
Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
- Finanzen:** –
- Den Beschluss sollen erhalten:** Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

f.d.R.

Dresden, den 15. Dezember 2017



Thomas Dudzak - Landesgeschäftsführer

Verleihen, beteiligen, vergesellschaften: Öffentliche Förderpraxis im Sinne der Beschäftigten neu denken

Beschluss des Landesvorstandes von 15. Dezember 2017

Tausende Arbeitsplätze im Osten Deutschlands stehen mit den angekündigten Werkschließungen von Siemens zur Disposition. Insbesondere die geplante Komplettschließung des Turbinenwerks in Görlitz mit 720 und des Kompressorenwerks in Leipzig mit 200 Vollzeitstellen treffen die betroffenen Regionen schwer. Sachsen verliert auf einen Schlag nicht nur über 1.000 spezialisierte Industriearbeitsplätze, sondern zahlreiche Zuliefer*innen, Dienstleister*innen und Handwerksbetriebe verlieren einen wichtigen Auftraggeber und die Mitarbeiter*innen als Kund*innen, was letztlich weitere zahllose Arbeitsplätze gefährdet. Nicht nur Arbeitsplätze, die mit erheblichen Fördermitteln erst geschaffen wurden, sondern auch steuerfinanzierte Aufwendungen für Infrastruktur, weiche Standortfaktoren, Bildungseinrichtungen usw. bewirken im Umkehrschluss einen gesellschaftlichen Anspruch an den Erhalt der Standorte. Dem muss Rechnung getragen werden und gesetzliche Sicherungen eingezogen werden.

Über die Beschäftigten brach in den letzten Wochen eine Welle der Solidaritätsbekundungen herein, egal welcher politischen Couleur: Ob CDU oder SPD, alle meinen, mit mitleidsgeschwängelter Miene den Beschäftigten zur Seite springen zu wollen. Oft wurde dabei das eigene Handeln und Denken der letzten Jahre ignoriert. Ohne fehlende Selbstreflexion übten sich beispielsweise die Regierungsparteien in Kapitalismuskritik, was jeder Glaubwürdigkeit entbehrt und so auch von den Betroffenen wahrgenommen wird.

Es ist selbstverständlich, dass auch unsere Solidarität den Beschäftigten gehört. Gleichwohl wissen wir, dass Solidaritätsadressen und Absichtserklärungen allein eben keinen einzigen Arbeitsplatz retten werden. Was es braucht, ist eine gesellschaftliche Diskussion über Ursachen. Und alternative Wege, wie Arbeitsplätze, dauerhaft gesichert werden können. Darüber, wie Politik wieder Handlungsfähigkeit erreicht. Denn genau diese ist durch verfehlte Fördermittelpolitik, aber auch durch den Ausverkauf öffentlichen Eigentums auf allen Ebenen abhandengekommen.

Die Konzentration der Produktion von Siemens in Duisburg und Mülheim offenbart so das eigentliche Problem: Dem Konzern, der volle Auftragsbücher und Milliarden Gewinne vorweisen kann, ging es nie um nachhaltiges Wirtschaften im Interesse der Beschäftigten. Der Konzern verfolgt mit seiner „Restrukturierung“ reine Profitorientierung. Das Problem ist und bleibt also der Kapitalismus: Siemens ist nach Sachsen bzw. in den Osten gekommen, weil Arbeitskraft hier im Vergleich billig zu erkaufen ist. Und Siemens verlässt Sachsen, weil Werkschließungen und Abfindungen auf Grund der niedrigen Löhne auch billiger zu haben sind. Eine soziale und gesellschaftliche Verantwortung von einem profitorientierten Konzern zu erwarten, wie es gemeinhin die politischen Mitbewerber*innen tun, ist dabei reine naive Marktgläubigkeit.

Genau deshalb ist es notwendig, schon bei der Ansiedlungsförderung der Wahrheit ins Auge zu schauen. Laxe Bindungsfristen für Investitionen allein werden Konzerne nicht dazu bringen, über deren Laufzeit hinaus Standorte zu unterhalten. Öffentliches Geld ist dann weg. Und die Konzerne lassen sich längeres Bleiben im Land dann mit neuen öffentlichen Geldern teuer erkaufen.

Unsere Vorschläge für eine sinnvolle Fördermittelpolitik und damit das nachhaltige Schaffen von Arbeitsplätzen in Sachsen:

- Im Grundsatz wollen wir die unmittelbare finanzielle Förderung von Unternehmen auf Darlehen oder Mitarbeiter – oder öffentliche Beteiligungen umstellen.
- Um die einseitige Abhängigkeit ganzer Regionen von einzelnen Wirtschaftsbranchen zu reduzieren wollen wir eine konsequente Umstellung der Gründungsförderung in Sachsen auf die Unterstützung forschungs- und wissensbasierter Produkte und Dienstleistungen. Dazu werden KMU und Start-up-

Unternehmen aus Praxis und Wissenschaft stille Beteiligungen des Freistaates und öffentliches Risikokapital - verbunden mit Gewinnbeteiligung - zur Verfügung gestellt.

- Da wo Fördermittel als Beihilfen gewährt werden, wollen wir bereits bei der Vereinbarung der Förderung für den Fall einer Standortschließung oder einer Verlagerung des Standortes trotz Unternehmensprofits eine Abschlagszahlung an den Staat, gemessen am Standortwert und der Höhe der öffentlichen Förderung, vereinbaren.
- Ebenso streben wir eine stärkere Bindung von Fördermitteln an Mitarbeiter*innenbeteiligungen an.
- Immer wieder haben in der Vergangenheit internationale Konzerne, trotz guter Auftragslage vor Ort, Beschäftigte entlassen und Betriebsteile geschlossen. Sei es, weil diese nicht mehr zum Konzernportfolio passten, sei es wegen falscher Managemententscheidungen oder zur Steigerung der Profite. Wir schaffen die Rahmenbedingungen und notwendigen finanziellen Unterstützungen, die es ermöglichen, dass solche Werke von den Mitarbeiter*innen übernommen und in Selbstverwaltung oder als Genossenschaften fortgeführt werden können.

Zusammenfassend: Wer öffentliche Gelder will, muss öffentliche Willensbildung und demokratische Entscheidungsprozesse ertragen. Diese Maßnahme mögen in den aktuellen Fällen von Siemens oder Bombardier illusorisch klingen, unmöglich sind sie nicht.

Daher muss die öffentliche Hand überlegen, ob sie es zulässt, dass diese Arbeitsplätze und damit gesellschaftlich geschaffene Werte einfach wegrationalisiert werden, oder besser im öffentlichen Interesse die Vergesellschaftung und Übergabe des unternehmerischen Eigentums forciert werden sollte. Klar ist: Sachsen kann mit einer solche Maßnahmen nicht allein voran gehen. Allzugern werden dann andere Bundesländer in die Bresche springen und mit Steuergeldern winken. Die öffentliche Hand insgesamt muss aber merken, dass man Konzerne nicht durch Geldgeschenke, sondern durch klare finanzielle Folgen in die Verantwortung für die Menschen vor Ort zwingt. Es muss wehtun, dort, wo man Konzerne am ehesten kriegt: Beim Profit.

Ein Versprechen geben wir als LINKE ab. Wir werden an der Seite der Menschen stehen, die an den Werkbänken, hinter Verkaufstresen, an Schreibtischen, im Reinigungsgewerbe, in Bäckereien und an Tankstellen Werte schaffen. Für alle jene unterbreiten wir Vorschläge, wie die Regierung und damit der Freistaat Sachsen sie konkret unterstützen kann, wie Arbeitsplätze nachhaltig geschaffen werden und Menschen in Sachsen ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen können.